

Freiheit und Markt

Thielemann karikiert das Denken, das Marktwirtschaft als freiheitsfördernd ansieht. Gegen diesen Pappkameraden schießt er dann seine rhetorischen Pfeile. Im Kern aber, so meine ich, bleibt die These richtig: nur die wettbewerbliche Marktwirtschaft schafft persönliche Freiheit. Der Wettbewerb ist Zwang, wie Thielemann, Max Weber zitierend, richtig bemerkt. Zugleich ist er aber genau dadurch Voraussetzung für Freiheit. Dies wird von Thielemann offenbar nicht verstanden. Der Wettbewerb ist das Zwangssystem, das den Produzenten befiehlt, diejenigen Güter zu produzieren, die die Konsumenten im Rahmen ihres Budgets und bei kostendeckenden Preisen zu verbrauchen wünschen. Die Wahlfreiheit des Konsumenten gäbe es nicht, wenn es den Wettbewerb unter den Produzenten nicht gäbe.

Und es ist der Zwang des Wettbewerbs, der die Unternehmer veranlasst, Innovationen in den Markt zu bringen, um so diesen Zwang für sich abzumildern. Die Freiheit zur Innovation würde viel weniger genutzt, wenn die Unternehmen sich auf ihrem Monopol-Ruhekissen ausruhen könnten und ihre Kunden sich als Bittsteller wie unfreie Untertanen an sie wenden müssten.

Freiheit ist ungleich verteilt. Wer mehr Geld hat, hat mehr Freiheit. Es ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, dafür zu sorgen, dass im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems die Ungleichheit in Grenzen bleibt. Diesem Konzept entspricht, dass in Deutschland ein Drittel des Sozialprodukts im Rahmen der Sozialpolitik umverteilt wird. Wenn heute wachsende Ungleichheit beklagt wird, so muss aber vorausgeschickt werden, dass sich im Verlauf der letzten 120 Jahre der Lebensstandard in Europa und Nordamerika verzehnfacht hat, die Freiheit des Bürgers als Konsument also enorm zugenommen hat. Die Konsummöglichkeiten eines Empfängers von Sozialhilfe sind heute weitaus größer als die Konsummöglichkeiten eines Gymnasiallehrers vor sechzig Jahren. Dem ist gefolgt eine Freiheit des Lebensstils, wie sie vor 120 Jahren aus rein materiellen Gründen undenkbar war: damals, als unverheiratete Pärchen nicht zusammen leben durften, als Kinder aus Geldmangel bei den Eltern wohnen bleiben mussten, als Scheidungen aus finanziellen Gründen meist unmöglich waren, als Homosexualität kriminalisiert war, als das Armutsproblem im wesentlichen dadurch gelöst wurde, dass viele Menschen, die sich den Arzt nicht leisten konnten, einfach wegstarben. Ist es ein Zufall, dass vor einem halben Jahrhundert die sexuelle Befreiung zusammenfiel mit einer Zeit raschen Wachstums des materiellen Wohlstands? Ist es ein Zufall, dass kurz zuvor Ludwig Erhard den Deutschen die Marktwirtschaft wieder gebracht hat? Ist es ein Zufall, dass das DDR-Regime die Mauer gegen die Freiheit bauen musste, als die Menschen in Westdeutschland die Früchte der Erhardschen Wende zur Marktwirtschaft ernten konnten?

Der Wettbewerb ist ein sozialer Integrationsmechanismus, der genau dadurch die von der Mehrheit abweichende Lebensführung, also Freiheit erlaubt, der die Chancen von Minderheiten erhöht. Niemand hat das besser ausgedrückt als Milton Friedman: "The great virtue of a free market system is that it does not care what color people are; it does not care what their religion is; it only cares whether they can produce something you want to buy. It is the most effective system we have discovered to enable people who hate one another to deal with one another and help one another." Die USA als Land der Einwanderer mit den entsprechenden Integrationsproblemen haben 1890 das moderne Kartellverbot erfunden. Es gibt keinen besseren Integrationsmechanismus als offene, kartellfreie Wettbewerbsmärkte.

Hierzu nur ein Faktum: die "Hispanics" der zweiten Generation erzielen in den USA ein Durchschnittseinkommen, das nicht geringer ist als das der weißen Bevölkerung.

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem ist keinesfalls eine ideale Verwirklichung des Freiheitsgedankens. Ideal wäre ein System der Freiheit, in dem die Nutzung dieser Freiheit durch den einzelnen Bürger zugleich den anderen Bürgern mehr nutzt als schadet. Bei Innovationen ist das in der Regel der Fall. Bei einem guten Rechtsrahmen ist dies mehrheitlich der Fall. Aber ohne Zweifel gibt es Fälle wie das gegenwärtige Finanzsystem, in dem bestimmte Freiheiten bestehen, deren Gebrauch mehr gesellschaftlichen Schaden als Nutzen verursacht. Das liegt bei den Finanzunternehmen daran, dass hier die Haftung der Handelnden für die volkswirtschaftlichen Risiken, die sie verursachen, viel zu gering ist. Das muss geändert werden. Hat Herr Thielemann je Walter Eucken gelesen? Hat er sich ernsthaft mit den wirtschaftsethischen Vordenkern des Liberalismus auseinandergesetzt? Dann wüsste er, was das Haftungsprinzip ist, wie mit dem Versagen des Finanzsektors umzugehen wäre.

Brauchen wir grundsätzlich mehr Regulierung, damit mehr Freiheit entsteht? Das ist doch absurd. In Deutschland ist die hohe Regulierungsdichte im Arbeitsmarkt eine Ursache höherer Arbeitslosigkeit als in der Schweiz und in Dänemark, wo der Arbeitsmarkt mehr Vertragsfreiheit schafft. Wer ist freier? Ein Arbeitnehmer, der im Fall des Konkurses seines Arbeitgebers schnell wieder einen Arbeitsplatz findet, wie in der Schweiz oder in Dänemark – oder ein Arbeitnehmer, der im Fall eines Konkurses seines Arbeitgebers mit dem Risiko der Dauerarbeitslosigkeit konfrontiert ist wie in Deutschland?

Thielemann plädiert letztlich für eine Politisierung des Wirtschaftslebens. Derartige Rezepte führen in die Katastrophe. Politik basiert, wenn sie in einer Demokratie gut funktioniert, auf dem freien Meinungs austausch. Dieser kann nur in einer Öffentlichkeit gedeihen, die ein Raum ohne starke positive oder negative Sanktionen ist. Sonst hört und liest man nur noch "politisch Korrektes". Der öffentliche Raum ist im Idealfall ein sanktionsschwacher Raum. Die Wirtschaft lebt davon, dass es starke Sanktionen gibt: wer die falschen Produkte erzeugt, geht in den Konkurs. Wer als Innovator begehrte Produkte erzeugt, wird reich.

So stehen sich der sanktionsschwache Raum der Politik und der sanktionsstarke Raum der Wirtschaft als Trennsystem gegenüber. Ihre Durchmischung wäre schlimm. Eine politisierte Wirtschaft ist entweder, wie die Politik, sanktionsschwach; dann funktioniert sie nicht: die Bevölkerung verarmt. Oder die Politik wandelt sich in einen sanktionsstarken Bereich. Dann ist die Freiheit abhanden gekommen. Auch die politische Freiheit lebt von einer entpolitisierten Wirtschaft, wenn man sie denn mit Wohlstand verbinden will.

Zudem ist Politik, wie die Erfahrung lehrt, status quo orientiert, fortschrittsfeindlich. In einer Mehrheitsdemokratie dominieren immer die Kräfte der Beharrung. Interessengruppen lassen sich am besten um Status- Quo- Interessen organisieren. Gewerkschaften verteidigen die vorhandenen Arbeitsplätze, nicht die durch Wandel und Fortschritt erst in Zukunft entstehenden Arbeitsplätze. Gleiches gilt für Branchen- und Berufsverbände. Fortschritt kommt von den dezentral organisierten Bereichen der wettbewerblich organisierten Marktwirtschaft und der wettbewerblich organisierten Wissenschaft. Dort gibt es kein Mehrheitsveto gegen Veränderung. Die Dynamik einer Gesellschaft lässt sich nur aufrecht erhalten, wenn sich die Politik nicht anmaßt, über Dinge zu entscheiden, die Sache der Wirtschaft oder der Wissenschaft sind. Freiheit und Wettbewerb in Wirtschaft und Wissenschaft ist wesentliche Voraussetzung für materiellen Fortschritt und damit für mehr persönliche Freiheit.